

Finanzierung der Transformation: Öffentliche Banken fordern schlankere Regulierung

29.05.2024

Berlin – Kurz vor der Europawahl bekräftigen die öffentlichen Banken ihre Forderung, mit der Umsetzung des EU-Bankenpakets (Basel III) einen Schlusstrich unter die regulatorische Aufarbeitung der Finanzkrise zu ziehen. Nach Einschätzung des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, schränkt jede zusätzliche Regulierung dringend benötigte Finanzierungskapazitäten ein. Zudem würden weitere Auflagen auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Banken verringern.

Iris Bethge-Krauß, Hauptgeschäftsführerin des VÖB, erklärte:

„Wir stehen bei der Finanzierung der Transformation unserer Wirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen. Sie kann nur gelingen, wenn wir in der EU einen starken Finanz- und Bankensektor haben. Dafür brauchen wir langfristig ertragsstarke Banken. Nach 16 Jahren Regulierungswelle muss jetzt anerkannt werden, dass jede neue regulatorische Anforderung Banken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, der Finanzierung der Transformation, einschränkt.“

Im Einzelnen fordert der VÖB:

- den Trend zu immer detaillierteren Regelungen zu stoppen und durch eine stärker **prinzipienorientierte Regulierung** und Aufsicht zu ersetzen,
- das bestehende **Regelwerk** insgesamt **zu überprüfen und zu entschlacken**, so zum Beispiel die anstehende Überarbeitung des makroprudenziellen Rahmenwerks zu nutzen, um das Kapitalpufferkonzept einfacher und flexibler zu gestalten,
- **effiziente Kapitalmärkte** durch eine Stärkung der Wertpapierkultur und eine Wiederbelebung von Verbriefungen zu fördern,
- die **EU-Bankenabgabe** nach dem erstmaligen Erreichen der Zielausstattung des EU- Abwicklungsfonds einzufrieren,
- die Marktgängigkeit von **Förderprodukten** in der Praxis auf europäischer Ebene zu verbessern sowie
- die verschiedenen Rechtsakte der **Sustainable-Finance-Regulierung** auf Konsistenz zu prüfen und praktisch besser umsetzbar zu machen.

Eine ausführliche Erläuterung dieser Forderungen findet sich in den **VÖB-Positionen zur Europawahl 2024** unter www.voeb.de. Dort sind auch

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-202

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de

weitere Vorschläge zur Stärkung der EU-Kapitalmärkte sowie zur Verbesserung der europäischen Förderpolitik formuliert.

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 61 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 3.029 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Viertel des deutschen Bankenmarktes ab. Die öffentlichen Banken nehmen ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 58 Prozent sind die ordentlichen VÖB-Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 22 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Die Förderbanken im VÖB haben im Jahr 2022 Förderdarlehen in Höhe von 72 Milliarden Euro bereitgestellt. Als einziger kreditwirtschaftlicher Verband übt der VÖB die Funktion eines Arbeitgeberverbandes für seine Mitgliedsinstitute aus. Die tarifrechtlichen Aufgaben, insbesondere der Abschluss von Tarifverträgen, werden von der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken wahrgenommen. Ihr gehören rund 60.000 Beschäftigte der VÖB-Mitgliedsinstitute an. Weitere Informationen unter www.voeb.de

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-161

Fax: 030 8192-167

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de